

Antrag der Fraktion der CDU

Grundwasserverschmutzung am Tanklager Farge

Im Bereich des Tanklagers Farge sind verschiedene Schadstoffe, unter anderem Benzol, im Grundwasser nachgewiesen worden. Die Ursache für diese Verunreinigung und der genaue Umfang ihrer Ausbreitung sind bisher noch nicht abschließend geklärt. Eine räumliche Ausweitung der Untersuchungen verbunden mit Probebohrungen ist daher dringend erforderlich. Der Grund für die Verschmutzungen ist wahrscheinlich zum einen auf die Jahre des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen. Zum anderen kann ein Unfall, der in den Achtzigerjahren stattgefunden haben soll, nicht als Ursache ausgeschlossen werden. Derzeit läuft sowohl die Ursachenforschung als auch die Sanierung der lokalisierten verunreinigten Gebiete.

In dem Bericht der Verwaltung für die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 24. November 2012 heißt es, dass die Schadstoffe bei einer Förderung kontaminierten Grundwassers (z. B. bei der Gartenbewässerung oder bei der Nutzung in Kinderplanschbecken) über die Atemluft oder die Haut aufgenommen werden. Mögliche gesundheitliche Folgen sind Reizungen z. B. der Augen, der Haut und der Atemwege. Außerdem kann es zu Schwindel, Kopfschmerzen und Nierenschädigungen kommen. Benzol gilt darüber hinaus als krebserregend. Der Senat hat daher die Empfehlung gegeben, das Grundwasser nicht weiter zu nutzen. Eine Empfehlung reicht in diesem Fall jedoch nicht aus. Vielmehr muss die Nutzung des Grundwassers in dem betroffenen Gebiet verboten werden. Auch die Versiegelung der hauseigenen Brunnen darf aus Sicherheitsgründen nicht ausgeschlossen werden.

Die Dekontamination des Bereiches wird noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Bis dahin steht der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie das Gesundheitsamt in der Pflicht, die Menschen vor Ort über die Gefahren aufzuklären und weitere Schäden abzuwenden. Bisher ist die Informationspolitik des Senators jedoch als mangelhaft zu bewerten. Ein Flugblatt an alle Haushalte ist zuletzt im Jahr 2009 verteilt worden. Seitdem Hinzugezogene wurden nachträglich nicht informiert. Nach Auskunft der Staatsrätin im Umweltressort war davon ausgegangen worden, dass Vermieter und Makler die Informationen weitergegeben hätten. Der Senat hatte auf die sogenannte Mund-zu-Mund-Propaganda gesetzt. Auch seitdem der Fall in den Medien im Herbst 2012 hoch gekocht war, wurde kein größerer Handlungsbedarf erkannt, um die Menschen vor Ort aufzuklären. Es hat vielmehr den Anschein, als ob der Senat vorrangig die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht sähe, sich zu informieren, wie aus der Drucksache 18/282 S deutlich wird. Denn auf die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger informiert wurden, heißt es lediglich, dass eine Beiratssitzung zu diesem Thema stattgefunden habe, die Medien berichtet hätten, die Deputation informiert wurde und die Behörden auf Anfrage Auskunft geben würden. Viele Bürgerinnen und Bürger werden auf diese Weise jedoch nicht erreicht. Die Antrag stellende Fraktion fordert daher einen fundamentalen Wechsel der Informationspolitik des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Es muss eine umfassende Informationskampagne gestartet werden, durch die am Ende sichergestellt werden kann, dass jeder Haushalt über die Gefahren der Nutzung des Grundwassers aufgeklärt wurde. Wie in der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bereits angekündigt, muss außerdem umgehend ein Konzept entwickelt werden, wie auch neu hinzuziehende Bürgerinnen und Bürger frühzeitig aufgeklärt werden.

Darüber hinaus ist es unabdingbar, eine umfassende Untersuchung über die gesundheitlichen Folgen einzuleiten. Ein Schwerpunkt muss hier sicherlich auf der Frage liegen, ob es in den letzten 30 Jahren zu einer Häufung von Krebserkrankungen in Folge gekommen ist. Untersuchungen müssen aber auch zu anderen Krankheiten durchgeführt werden, die durch die Schadstoffe verursacht werden können. Dazu zählen zum Beispiel Hauterkrankungen oder Pubertätsstörungen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. da weitere Verseuchungen im Umfeld des Tanklagers nicht auszuschließen sind, zum Schutz der Anwohner die Probebohrungen räumlich auszudehnen.
2. die Nutzung des Grundwassers in den betroffenen Bereichen in Folge zu verbieten.
3. zum Selbstschutz der Anwohnerinnen und Anwohner die Nutzung des Grundwasser zu verhindern, indem beispielsweise die betroffenen Brunnen versiegelt werden.
4. eine umfassende und nachhaltige Informationskampagne über die Gefahren der Nutzung des Grundwassers zu starten, die sicherstellt, dass alle Anwohnerinnen und Anwohner aufgeklärt wurden.
5. eine voll umfängliche Erhebung über die Häufung von Krankheiten in dem betroffenen Gebiet durchzuführen, die durch die im Grundwasser nachgewiesenen Schadstoffe verursacht werden können.

Silvia Neumeyer, Frank Imhoff,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU